



Antrag Nr. V/A 351 vom 15.11.12

Neufassung vom

**zur Aufnahme in die Tagesordnung
der Ratsversammlung am 22.11.12**

Die Aufnahme des Antrages wird

- bestätigt
 nicht bestätigt
 zurückgezogen

Verweisungsvorschlag

Fachausschuss

Verwaltungsausschuss

Ortschaftsrat

hier eintragen

Stadtbezirksbeirat

hier eintragen

Eingereicht von



Unterschrift

Tarifmoratorium

Beschlussvorschlag

1. Der Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) werden beauftragt, im Rahmen der Strategiediskussion innerhalb der Gesellschaft auch alternative Formen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs anstatt der jährlichen Tarifierhöhungen untersuchen zu lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraumes und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ keiner Tarifierhöhung zuzustimmen.

Begründung:

Seit der Gründung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes ist kein Jahr vergangen, in dem nicht die Fahrpreise für die Fahrgäste weit über die jährliche Inflationsrate angehoben wurden. Eine weitere derartige Entwicklung der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel ist als sehr kritisch anzusehen. Auch aus den dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund angehörigen Landkreisen und der kreisfreien Stadt Leipzig gibt es berechtigte Hinweise, dass das System der Einnahmeverbesserung für die Verkehrsunternehmen ausschließlich durch Fahrpreiserhöhung an seine Grenze stößt.

Daher hat der Aufsichtsrat der MDV GmbH bereits im Frühjahr dieses Jahres die Geschäftsführung aufgefordert, alternative Finanzierungsmodelle zu untersuchen und deren Umsetzungsmöglichkeiten im Verbundraum zu analysieren. Bisher liegen keine derartigen Ergebnisse, noch weniger ein neues Finanzierungsmodell, vor. Stattdessen werden durch die MDV GmbH bereits erste Gespräche und Untersuchungen für eine erneute Fahrpreiserhöhung im Jahr 2013 geführt.